

DROHEN MASSENDEPORTATIONEN IN DEN USA?

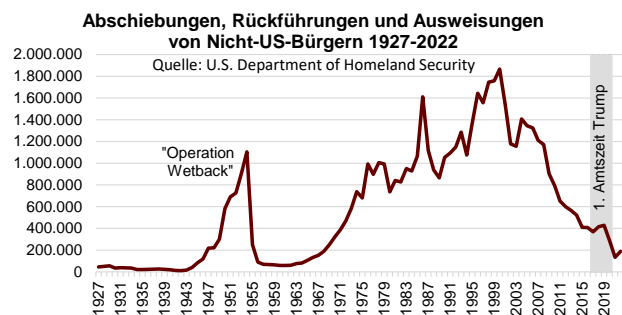
Donald Trump hat am Tag seiner Amtseinführung mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Abschiebung von Migranten zu beschleunigen. Im Wahlkampf hatte er angekündigt, 15 bis 20 Millionen Menschen abschieben zu wollen. Ähnliche Aussagen gab es von ihm bereits vor zehn Jahren, doch tatsächlich lagen die durchschnittlichen jährlichen Abschiebungszahlen während Trumps erster Amtszeit deutlich unter denen seines Vorgängers Barack Obama. Da ein Großteil der Migranten ohne Papiere, gegen die sich die Abschiebungen vor allem richten, in den USA regulär beschäftigt ist, würden Massenabschiebungen einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden anrichten. Die Anleger an den Aktienmärkten gehen daher davon aus, dass es nicht dazu kommen wird.

Im August 2015 propagierte Donald Trump die massenhafte Abschiebung illegaler Einwanderer. Bei einer Wahlkampfveranstaltung sagte Trump, dass er im Falle eines Wahlsieges „am ersten Tag meiner Präsidentschaft die Leute rausschmeißen und schnell rausschmeißen“ werde. Zur Umsetzung dieses Plans schlug Trump eine „Deportation Force“ nach dem Vorbild der „Operation Wetback“ der Eisenhower-Administration in den 1950er Jahren vor. **Tatsächlich ging die Zahl der abgeschobenen Migranten während Trumps erster Amtszeit jedoch zurück.** Die durchschnittlichen jährlichen Abschiebungen, Rückführungen und Ausweisungen von Nicht-US-Bürgern lagen unter Obama bei über 600.000, während sie unter Trump auf 376.000 zurückgingen.

Im vergangenen Jahr wurde Trump nach einem vierjährigen Intermezzo von Joe Biden erneut zum US-Präsidenten gewählt. **Im Wahlkampf kündigte er an, 15 bis 20 Millionen Menschen abschieben zu wollen,** obwohl die Zahl der Migranten ohne gültige Papiere in den USA nur auf elf Millionen geschätzt wird. Am Tag seiner Amtseinführung rief er den nationalen Notstand an der Grenze zwischen den USA und Mexiko aus. Das Verteidigungsministerium wurde angewiesen, militärisches Personal zu entsenden und physische Barrieren entlang der Grenze zu errichten. Die neue Regierung plant außerdem, das Asylrecht außer Kraft zu setzen und die Grenze zu Mexiko zu schließen, indem sie ein sofortiges Abschiebeverfahren ohne Asyلمöglichkeit einführt.

Für den Arbeitsmarkt und die US-amerikanische Wirtschaft wären Massendeportationen eine Katastrophe. Nach Angaben des US Bureau of Labor Statistics machten in den USA im Jahr 2023 im Ausland geborene Arbeitnehmer 18,6 Prozent oder 29,1 Millionen der US-Arbeitskräfte aus, gegenüber 18,1 Prozent im Jahr 2022. Die Erwerbsquote der im Ausland geborenen

Menschen stieg 2023 auf 66,6 Prozent und lag damit fast fünf Prozentpunkte höher als die der im Inland geborenen Bevölkerung (61,8 Prozent). Im Ausland geborene Arbeitnehmer waren vor allem in Dienstleistungsberufen, im Baugewerbe, im Transportwesen und im Materialtransport beschäftigt, während die im Inland geborenen Arbeitnehmer in Management-, Fach-, Verkaufs- und Büroberufen tätig waren, so dass sich ihre Rollen in der Erwerbsbevölkerung weitgehend ergänzten. Fast die Hälfte der im Ausland geborenen Arbeitskräfte waren Hispano-Amerikaner, etwa ein Viertel Asiaten.



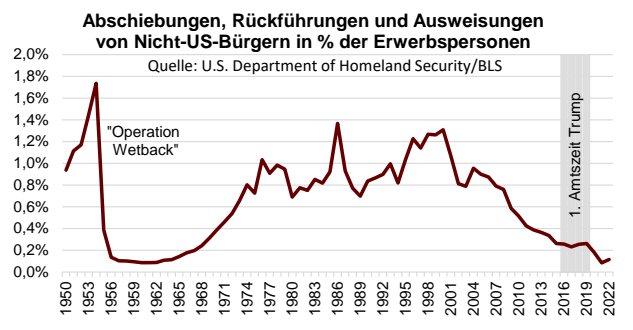
Nach Schätzungen des Center for Migration Studies of New York und anderer Gruppen arbeiten 8,3 Millionen Einwanderer ohne Papiere in der US-Wirtschaft, das sind 5,2 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Sie arbeiten unter anderem im Baugewerbe (1,5 Millionen), in der Gastronomie (eine Million), in der Landwirtschaft und in landwirtschaftlichen Betrieben (320.000), im Landschaftsbau (300.000) sowie in der Lebensmittelverarbeitung und -herstellung (200.000). Arbeitskräfte ohne gültige Papiere kommen vor allem aus Mexiko (30 Prozent), Mittel- und Südamerika (20 Prozent) und Zentral- und Ostasien (15 Prozent). Zu den Berufen, in denen Arbeitskräfte ohne Papiere beschäftigt werden, gehören Köche, Helfer in der häuslichen Krankenpflege, Liefer- und Taxifahrer sowie medizinische und therapeutische Assistenten. Langfristig werden diese Branchen ohne Zuwanderer mit einem

Arbeitskräftemangel konfrontiert sein. Das Bureau of Labor Statistics prognostiziert für das Jahr 2036 einen Mangel von etwa 135.000 Arbeitskräften im Gesundheitswesen, wobei derzeit 15,6 Prozent der Stellen in der Krankenpflege und 28 Prozent der Stellen für Hilfskräfte im Gesundheitswesen mit Einwanderern besetzt sind. Der Landwirtschaftssektor ist in hohem Maße auf zugewanderte Arbeitskräfte angewiesen, da mehr als 25 Prozent der Landarbeiter und 54,3 Prozent der Sortierer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen Zuwanderer sind.

Laut dem American Community Survey zahlten Einwanderer im Jahr 2022 382,9 Mrd. US-Dollar an Bundessteuern und 196,3 Mrd. US-Dollar an staatlichen und lokalen Steuern. Einwanderer ohne Papiere zahlten im Jahr 2022 59,4 Mrd. US-Dollar an Bundessteuern und 13,6 Mrd. US-Dollar an staatlichen und lokalen Steuern. Darüber hinaus zahlten Einwanderer ohne Papiere im Jahr 2022 25,7 Mrd. US-Dollar an Sozialversicherungsbeiträgen, 6,4 Mrd. US-Dollar an Medicare-Beiträgen und 1,8 Mrd. US-Dollar in die Arbeitslosenversicherung, obwohl sie für deren Leistungen gar nicht berechtigt sind.

Die Abschiebungen selbst würden enorme Kosten verursachen, da eine gewaltige Infrastruktur aufgebaut werden müsste. Der American Immigration Council gibt an, dass Trumps Abschiebeplan nach einer „sehr konservativen“ Schätzung mindestens 315 Mrd. US-Dollar und knapp eine Bio. US-Dollar über ein Jahrzehnt kosten würde und ohne Internierungslager im Freien nicht durchführbar wäre. **Addiert man die negativen ökonomischen Effekte von Massendeportationen zusammen, so könnten sie die US-Wirtschaft zum**

Stillstand bringen. Zu entsprechenden Schlussfolgerungen kommen die Analysen der Brookings Institution und des Peterson Institute for International Economics.



Der kostspielige Ausbau der Abschiebeinfrastruktur und die Gefahr, dass Abschiebungen zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt, höheren Löhnen und steigender Inflation führen, dürften Gründe dafür sein, warum es nicht zu Abschiebungen in dem von Trump angekündigten Ausmaß kommen wird. Selbst wenn Trump die Zahl der Abschiebungen vervierfachen würde, läge sie immer noch unter dem Nachkriegsdurchschnitt von 700.000.

Auch an den US-Börsen werden Massendeportationen bislang nicht eingepreist. Eine Anfang Dezember veröffentlichte Umfrage von Goldman Sachs zeigt, dass Investoren zwar davon ausgehen, dass sich die Einwanderung in Trumps zweiter Amtszeit deutlich verlangsamen wird. Aber nur sechs Prozent der Investoren erwarten, dass die Nettozuwanderung unter Trump negativ wird ([Link](#)).

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Christian Bußmann (cbussmann@marcard.de), Yannick Düring (yduering@marcard.de), Ralph Groß (rgross@marcard.de), Maximilian Völpel (mvoelpel@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & CO AG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2025

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsäußerungen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.